
Der lange Weg zu Freiheit und Demokratie: Ungarn und Kroatien

Rezension von: László Kontler,
Millenium in Central Europe. A History
of Hungary, Atlantis Publishing House,
Budapest 1999, 537 Seiten; Ludwig
Steindorff, Kroatien. Vom Mittelalter bis
zur Gegenwart, Verlag Friedrich Pustet,
Regensburg, und Südosteuropa-
Gesellschaft, München 2001, 260 Seiten,
öS 364.

Die Osterweiterung der EU ist derzeit eines der meistdiskutierten politischen Themen in Österreich und wird vermutlich bei der nächsten Nationalratswahl eine entscheidende Rolle spielen. Die gegenwärtigen Entwicklungen in den ost-mitteuropäischen Ländern werden nur vor dem Hintergrund der jeweiligen historischen Erfahrungen verständlich. Zwei Neuerscheinungen bieten Interessierten diese Hintergrundinformationen über Ungarn bzw. Kroatien.

Im Rahmen der mittlerweile bereits sehr umfangreichen Reihe ‚Ost- und Südosteuropa. Geschichte der Länder und Völker‘ des Verlags Friedrich Pustet und der Südosteuropa-Gesellschaft München gibt Ludwig Steindorff, Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Kiel, eine Einführung in die historische Entwicklung Kroatiens.¹

László Kontler, Professor an der Central European University und an der Eötvös Loránd Universität in Budapest, verfaßte seine ungarische Geschichte ausdrücklich für nicht-ungarische LeserInnen ohne spezielle Vorkenntnisse. Das Werk beruht auf Vorlesungen, die der Autor, damals Assistent des berühmten Péter Hanák, in den Jahren 1985-95 vor nordamerikanischen und westeuropäischen Studenten in Budapest und in den

USA hielt. Vorweggenommen sei, daß hiervon der in der ungarischen (und süd-osteuropäischen) Historiographie nicht selten anzutreffenden Neigung, Darstellungen und Wertungen im Kontext einer politischen Absicht vorzunehmen, nicht die geringste Spur vorhanden ist.²

Anhand der beiden vorliegenden Bände läßt sich der lange, rückschlags- und opferreiche Weg der Bevölkerungen der beiden Länder zu Wiedererlangung nationaler Selbstbestimmung und Demokratie verfolgen.

Die Revolution 1848/49

Ungarns erstes demokratisches Experiment erfolgte 1848/49, ermöglicht durch die revolutionären Entwicklungen in Wien, in Deutschland und Italien, welche den Wiener Hof vorübergehend schwächten. Am 15. März 1848 griff die Revolution auf Pest, das intellektuelle Zentrum Ungarns, über. Unter dem Eindruck der mobilisierten Massen stimmte König Ferdinand zwei Tage später der Ernennung Batthyánys zum ersten verantwortlichen Ministerpräsidenten Ungarns zu. Geradezu paradox mutet an, daß die 31 sog. ‚Aprilgesetze‘, welche dem Land eine grundlegende soziale und wirtschaftliche Umgestaltung bringen sollten, individuelle Grundrechte festlegten sowie politische Institutionen nach dem Muster der bürgerlichen parlamentarischen Monarchien (Vorbild Belgien) schufen und das Verhältnis Ungarns zur Habsburgermonarchie neu regelten, vom letzten feudalen Landtag, der noch in Preßburg zusammengetreten war, vorbereitet wurden. Diese adlige Standesvertretung kodifizierte innerhalb von wenigen Wochen das in den dreißiger und vierziger Jahren ausgearbeitete Programm einer ganzen Generation von Reformern. Angesichts der Umstände hatte der Hof in Wien gar keine andere Wahl, als die Gesetzesartikel in der vorgelegten Fassung zu akzeptieren.

Ungarn wurde solcherart zu einer erblichen konstitutionellen Monarchie. Die Regierung war verantwortlich gegenüber einer Legislative aus zwei Kammern, wobei das Abgeordnetenhaus alle drei Jahre gewählt werden sollte, und zwar auf der Grundlage eines für die damalige Zeit liberalen Zensuswahlrechts für Männer, welches immerhin rund 7-9% der Bevölkerung das Stimmrecht ermöglichte.

Im Juni 1848 wurden die Wahlen nach dem neuen Modus abgehalten, und im Juli trat das Parlament zusammen. Doch das erste demokratische Experiment Ungarns währte nicht lange. Die Konsolidierung der Verhältnisse in Österreich und in Oberitalien veranlaßte den Wiener Hof im September zu einem gewaltsamen Vorgehen gegen Ungarn. Im Unabhängigkeitskrieg erzielten die ungarischen Streitkräfte zwar viele und unerwartete Erfolge, aber dem Eingreifen russischer Truppen waren sie nicht gewachsen. Der Kapitulation im August 1849 folgte eine Welle der blutigen Repression, welche eines der dunkelsten Kapitel der Geschichte der österreichisch-ungarischen Beziehungen darstellt.

Die ungarische Revolution 1848/49 scheiterte aber nicht nur an der ungünstigen europäischen Konstellation. Auch innere Versäumnisse und Widersprüche trugen dazu bei: Die Enttäuschung der Bauern über die Ausgestaltung der Bodenreform und die Erbitterung der nationalen Minderheiten über die Mißachtung ihrer Ansprüche schwächten die Abwehrkraft des Landes wesentlich.

Was von den revolutionären Errungenschaften auch vom nachfolgenden neoabsolutistischen österreichischen Regime beibehalten wurde, waren die sozialen und ökonomischen Reformen. Die Umstände der Bauernbefreiung allerdings begünstigten den Fortbestand der überkommenen sozialen Hierarchie in der ländlichen Gesellschaft Ungarns, an deren Spitze wenige Hundert Aristokratenfamilien standen.

Das politische System im Dualismus

Die Niederlage gegen Preußen 1866 veranlaßte den Wiener Hof, die neoabsolutistische, zentralistische Herrschaft über Ungarn zu beenden. Der Ausgleich von 1867 beruhte auf der Interessengemeinschaft der herrschenden Schichten in Österreich und in Ungarn. Ersteren erschien er nach dem Verlust jeglichen Einflusses auf die Entwicklungen in Deutschland als einziger Weg, den Großmachtstatus zu erhalten. Letzteren ermöglichte er die Bewahrung der Vorherrschaft in den historischen Grenzen der Länder der Stephanskronen und die Teilnahme am Großmachtstatus.

Nach österreichischer Lesart und de facto war der Ausgleich eine Realunion, ein Vertrag zwischen zwei in wesentlichen Aspekten – aber keineswegs in allen – unabhängigen Staaten. Nach der ungarischen Interpretation des Ausgleichs handelte es sich um eine Personalunion, und Außenpolitik, Militärwesen und die Finanzierung dieser Aufgaben waren aus dieser Sicht gemeinsame Angelegenheiten zweier souveräner verbündeter Staaten. Tatsächlich aber war auch die interne Souveränität Ungarns eingeschränkt: Der Herrscher hatte erstens das Recht der Vorsanktionierung: Gesetzesvorlagen bedurften seiner Zustimmung, bevor sie in den Reichstag eingebracht wurden. Zweitens bildete der Herrscher die letzte Instanz in Streitfällen zwischen den beiden Regierungen. Und drittens gab die Verfassung dem Herrscher die Option, durch Notstandsverordnungen zu regieren.

Zwischen 1867 und 1918 war Ungarn eine konstitutionelle Monarchie mit einem, wenn auch stark eingeschränkten, repräsentativen Regierungssystem. Nach den Jahren des Neoabsolutismus erhielt das Land wieder eine eigene Regierung, die dem eigenen Parlament, dem aus zwei Kammern bestehenden Reichstag, verantwortlich war. 1869 wur-

den Verwaltung und Rechtsprechung getrennt und eine unabhängige richterliche Gewalt etabliert.

Im Gegensatz zu Österreich bildete Ungarn eine staatsrechtliche Einheit, lediglich Kroatien erhielt durch den ungarisch-kroatischen Ausgleich von 1868 eine begrenzte Autonomie.

Aufbauend auf den Reformen des Jahres 1848 und des Ausgleichs (Zollunion mit Österreich!), entwickelte sich die ungarische Wirtschaft dynamisch, insbesondere in den Gründerzeiten 1867-73 und 1896-1913: „... Hungary was transformed by a somewhat belated industrial revolution from an underdeveloped agrarian country into a relatively rapidly developing agrarian-industrial one.“ (S. 303)

Diese wirtschaftlichen Erfolge kontrastieren in auffälliger Weise mit der Verknöcherung der sozialen und politischen Strukturen und Institutionen: Die politische Macht blieb in den Händen der traditionellen Elite (Magnaten und Großgrundbesitzer aus dem mittleren Adel), in die aufsteigende Schichten wie das Großbürgertum (industrielle Großunternehmer, Bankiers, Großhändler) Aufnahme fanden.³ Und diese Machtträger, deren Hauptinteresse der Aufrechterhaltung des Status quo galt, verstanden es, demokratische, soziale und minderheitenfreundliche Reformen zu verhindern.

Von 1867 bis 1875 wurde die Regierung von der bürgerlich-liberalen Deák-Partei⁴ getragen. Konflikte mit dem an feudalen Relikten festhaltenden Adel und die Wirtschaftskrise ab 1873 führten zum Zerfall dieser Gruppierung. 1875 fusionierten die Deák-Partei und das Linkszentrum zur Liberalen Partei, welche in den folgenden drei Jahrzehnten die Regierungspartei bildete und das politische Geschehen dominierte. Führende Persönlichkeit der Liberalen war Kálmán Tisza, der 1875-90 das Amt des Ministerpräsidenten ausübte.

Unterstützung hatte die Liberale Partei von all jenen Schichten, die durchgreifen-

de soziale und demokratische Reformen ablehnten. Demgemäß vertrat die Liberale Partei liberale Positionen nur im Hinblick auf unternehmerische Freiheiten sowie – später – auf die Säkularisierung der öffentlichen Sphäre, befürwortete aber erkonservative Standpunkte in der sozialen und in der Bauernfrage⁵ sowie in der Nationalitätenpolitik.

Die langfristige politische Dominanz sicherte sich die Liberale Partei, indem sie sich Reichstag und Verwaltung gefügig machte, Patronage auf allen Ebenen im großen Stil betrieb und gegen den zwangsläufig außerparlamentarischen Widerstand von Arbeiterschaft und nationalen Minderheiten mit antidemokratischen Gesetzen und Gewalt vorging.

Das wichtigste Instrument zur Beeinflussung der Zusammensetzung der Legislative war die Gestaltung des Wahlrechts. „Es war ein Zensuswahlrecht, bei dem nur etwa 6% der Bevölkerung wahlberechtigt waren und das die mittellosen Bauern, die Arbeiterschaft, das Gesinde und das Kleinbürgertum ausschloß. Die Einteilung der Wahlkreise und die Festlegung einer notwendigen Anzahl von Stimmberechtigten pro Abgeordnetem taten ein übriges. Nicht zuletzt machten sich Tisza und die regierende Liberale Partei das Parlament durch Korruption, Drohungen und Fälschungen von Wahlergebnissen gefügig.“⁶ Den Verwaltungsapparat besetzte Tisza mit seinen Anhängern und mit Angehörigen der Gentry, die ihrer Güter verlustig gegangen oder verarmt waren.

Da sich die Magyaren, was die Bevölkerungszahl betrifft, in der Minderheit befanden (1880 44,9%), richteten sich Wahlrecht, Wahlkreiseinteilung, Manipulationen und Einschüchterungsmaßnahmen mit besonderer Schärfe gegen die Nationalitäten. Das 1868, also noch in der Ära der Deák-Partei, beschlossene Nationalitätengesetz war zwar in der Garantie individueller Rechte liberal, verweigerte aber den Minderheiten (mit Ausnahme der Kroaten) kollektive Rechte

und politische Institutionen. Ab den 1880er Jahren forcierte die Regierung die Magyarisierungspolitik, und viele Bestimmungen des Gesetzes wurden einfach ignoriert. Die Nationalitätenfrage wurde auch als politisches Instrument gegen soziale Reformen und Forderungen nach Demokratisierung eingesetzt, denn Zugeständnisse in diesen Bereichen hätten die magyarische Vorherrschaft gefährdet. „The nationalities, who made up about half of the population, were in practice squeezed out of its political life, having only 5 per cent representation in parliament, and 10 per cent in the state administrative apparatus.”⁷

Unter diesem politischen System vermochte die Aristokratie ihre führende Position im Parlament, in den Gerichten, im diplomatischen Korps, in der Armee und in den politischen Parteien zu bewahren: Magnaten stellten in der Zeit des Dualismus im Oberhaus achtzig Prozent und im Unterhaus fünfzehn Prozent der Mitglieder, zehn von sechzehn Ministerpräsidenten und ein Drittel der Minister.

1890 endete die Ära Tisza, und dieser Rücktritt stürzte das Land in eine dauerhafte politische Krise. Die tiefere Ursache dieser Krise waren neue Interessenkonstellationen, die sich aus der wirtschaftlichen Dynamik ergeben hatten. Die aufstrebenden Unternehmer waren in die herrschende Elite aufgerückt, und ihre Interessen kollidierten auf wichtigen Politikfeldern mit jenen der Großgrundbesitzer. Wie in allen anderen zentral- und osteuropäischen Ländern forderten letztere Protektion für die Landwirtschaft und lehnten jede die Industrialisierung begünstigende Liberalisierung der Wirtschaftspolitik ab.

Die Liberale Partei verstand es, weiterhin an der Macht zu bleiben: erstens durch die geschickte Spaltung der Opposition, zweitens durch die den magyarischen Nationalismus verstärkende Aufwertung zweitrangiger Prestigefragen (Wehrgesetz, Befehlssprache), und drit-

tens durch massivere Manipulationen denn je. Führende Persönlichkeit der Liberalen Partei war István Tisza (Ministerpräsident 1903-05 und 1913-17), ein Politiker, der starr an der bestehenden Ordnung festhielt und Reformen von vornherein ablehnte.

Die vorübergehende Übernahme der Regierung durch eine oppositionelle Koalition (1906-10), geführt durch die Unabhängigkeitspartei, brachte keine politische Wende mit sich, denn diese Parteien waren durch einen Pakt mit dem König gebunden und vertraten keine substantiell anderen Inhalte als die frühere Regierung.

Zur neuen Regierungspartei wurde danach die aus der Liberalen Partei hervorgegangene Nationale Arbeitspartei, wie ihre Vorgängerin ein Sammelbecken von Gruppierungen, welche jegliche Demokratisierung ablehnten: István Tisza gelang es, in dieser Partei, die sich der Verteidigung des Status quo verschrieb, Großgrundbesitzer und führende Unternehmer zusammenzuführen. „His traditionalism, the paternalistic and aristocratic brand of liberalism he inherited from his father led him to turn his recognitions to 'disciplining' the historic classes and awakening them to an awareness of where their true interests lay: in the consolidation of dualism.“ (S. 295)

Die magyarische führende Klasse war somit in der Zeit des Dualismus des öfteren in sekundären politischen Fragen gespalten, aber in der Verteidigung sozialer Privilegien geeinigt. „Der Status quo dauerte mit geringen Änderungen an, bis sich im Herbst 1918 eine echt revolutionäre Lage ergab.“⁸

Die Revolution im Herbst 1918

Die militärische Niederlage der Monarchie und ihre Auflösung boten Ungarn im Herbst 1918 die zweite Chance einer grundlegenden demokratischen und sozialen Umgestaltung: „The situation held out the promise of overhauling those

ossified social and political structures and institutions that bore some of the responsibility for the disaster of dissolution." (S. 324)

Mitte Oktober 1918 war das Land, soweit es nicht von fremden Truppen besetzt war, in einer revolutionären Situation. Am 16.10. erklärte die Regierung Wekerle die Aufhebung der Realunion. Acht Tage später konstituierte sich ein Nationalrat aus bürgerlichen Oppositionellen und Sozialdemokraten. Im Zuge der sog. Astern-Revolution während der Nacht vom 30. auf den 31.10. übernahm dieser die Regierungsgewalt vom letzten königlich ernannten Kabinett. Die neue Regierung wurde geführt von Mihály Karoly, dem Vorsitzenden der Unabhängigkeits- und 48er Partei. Vertreten in ihr waren neben dieser Gruppierung die Bürgerlich-Radikale Partei Oszkár Jászis, die Sozialdemokraten und Parteilose. Ihre gesellschaftliche Basis hatte die Regierung Karoly in einem kleinen Teil von Aristokratie, Adel und Bürgertum, in der Facharbeiterschaft und in den Gewerkschaften.

Ob der Größenordnungen der Probleme und Vorhaben stand die neue Regierung vor einer letztlich unlösbaren Aufgabe. Sie trat mit dem Ziel an, das Vermächtnis der 1848er Revolution einzulösen. Demgemäß beinhaltete ihr Programm die Änderung der Staatsform, Demokratisierung, soziale Reformen und Übereinkommen mit den nationalen Minderheiten unter Wahrung der alten Grenzen. Nach dem Rücktritt König Karls wurde am 16.11. die Republik proklamiert. Das am 23.11. erlassene Wahlrechtsgesetz sah allgemeines, geheimes, für Frauen allerdings nach wie vor eingeschränktes Wahlrecht vor.

Gleichzeitig hatte sie sich mit der katastrophalen wirtschaftlichen, sozialen und außenpolitischen Lage auseinanderzusetzen und auf diesen Gebieten improvisierte Sofort- und Notmaßnahmen zu setzen bzw. diplomatische Initiativen zu ergreifen:

Die akute wirtschaftliche und soziale Krise war gekennzeichnet durch einen erheblichen Mangel an Lebensmitteln, Heizmaterial und Rohstoffen für die Industrie, durch den weitgehenden Zusammenbruch des Eisenbahnverkehrs, hohe Arbeitslosigkeit – nicht zuletzt aufgrund der Demobilisierung des Heeres – und Flüchtlingsströme aus Oberungarn und Siebenbürgen. Die Regierung antwortete mit ad hoc-Maßnahmen, aber auch mit grundlegenden Reformen: Einführung der Invaliditäts- und Pensionsversicherung für Arbeiter, Achtstundentag, Steuerreform mit starker Anhebung der Einkommen- und Vermögensteuer.

Weder die einen noch die anderen vermochten kurzfristig an der Notlage Hunderttausender viel zu ändern. Angesichts von Hunger und Elend, fortschreitender Geldentwertung, wirtschaftlicher Depression, ausländischer Besetzung, Abfall weiter Landesteile und nationaler Demütigung stieg die Unzufriedenheit breiter Massen. Auf dem Lande forderten die Kleinbauern und Landarbeiter die rasche Enteignung der Latifundisten. (Die Bodenreform vom 15.2.1919 gelangte nicht mehr zur Durchführung.) Die sozialen und politischen Verhältnisse polarisierten sich zunehmend. Die Regierung geriet unter Druck sowohl von rechts, von seiten der konservativen Großgrundbesitzer, aber auch von seiten radikaler, antisemitischer Nationalisten, wie von links, von den erstarkenden Kommunisten.

Was den zweiten demokratischen Versuch letztlich scheitern ließ, waren allerdings nicht die sozialen Fragen, sondern die außenpolitischen Entwicklungen: Große Teile des Landes waren besetzt durch Truppen der Entente und der Nachbarstaaten. Die vorbildlichen Nationalitätengesetze kamen viel zu spät, konnten den Abfall der Minderheiten nicht verhindern. Die militärische Besetzung nahm die Regelungen des späteren Friedensvertrags von Trianon praktisch vorweg. Auch wenn das in Ungarn

niemand wahrhaben wollte: Die alten Grenzen waren nicht zu retten, der Verlust von zwei Dritteln des Territoriums nicht abzuwenden.

Mit dem Ultimatum der Pariser Friedenskonferenz vom 20.3.1919 platzten die letzten Illusionen der Regierung, die auf das Wohlwollen der Entente gegenüber einem demokratisch erneuerten Ungarn gesetzt hatte. Sie lehnte die enthaltene, noch wesentlich ungünstigere Demarkationslinie in Siebenbürgen ab und trat zurück. Einen Tag später rief der Revolutionäre Regierende Rat die Räterepublik aus.

Die internationale Nachkriegsordnung trug somit nicht nur zum Ende des demokratischen Experiments von 1918/19, sondern auch zum Fortbestand der überkommenen sozio-ökonomischen Strukturen Ungarns bis 1945 bei. Das Horthy-Regime etablierte ein autoritäres politisches System, in dem sich Merkmale eines konservativ-reaktionären bürgerlichen Staates mit diktatorischen und zeitweilig auch einigen faschistischen Elementen verbanden. Seine Rechtsstaatlichkeit war überwiegend formal und äußerlich, das Parlament besaß faktisch keine Macht. Das Regime beruhte auf einem Bündnis der Großgrundbesitzer, der Gentry und eines Teils des Bürgertums, insbesondere der Offiziere und Beamten. Infolgedessen blieben die sozialen Privilegien dieser Schichten gewahrt.

Demokratisches Zwischenspiel 1945-47

Die anachronistische, semif feudale soziale und politische Ordnung Ungarns, die durch den Ersten Weltkrieg erschüttert worden war, brach in der Endphase des Zweiten Weltkriegs endgültig zusammen.

Während im Westen des Landes noch schwere Kämpfe stattfanden, gründeten bürgerliche Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten unter dem Schutz sowjetischer Truppen in Szeged

Anfang Dezember 1944 die Ungarische Nationale Unabhängigkeitsfront. Mitglieder einer überwiegend von diesen Parteien ernannten Provisorischen Nationalversammlung bildeten am 21./22.12. eine Provisorische Regierung. Die Kampfhandlungen endeten Mitte April 1945. Das ganze Land war von der Roten Armee besetzt, die Alliierte Kontrollkommission stand unter sowjetischer Führung.

Zur stärksten politischen Kraft neben den Kommunisten, welche die Unterstützung der Besatzer besaßen, entwickelte sich die Partei der Kleinen Landwirte. Sie stand für Privateigentum, Bodenreform sowie eine bürgerlich-bäuerliche Demokratie und fand Unterstützung bei der Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung, beim Bürgertum und beim Klerus.

Die Kommunisten hatten allerdings schon in der Provisorischen Nationalregierung Schlüsselpositionen inne, nämlich das Innen- und das Agrarressort. Die im März 1945 dekretierte Bodenreform beruhte daher nicht auf dem Konzept der Kleinlandwirtpartei, sondern verwirklichte jenes des kommunistischen Landwirtschaftsministers Imre Nagy. Sie bewirkte die Enteignung des Großgrundbesitzes (im Umfang von ca. 35% der agrarischen Nutzfläche) und übertrug rund 60% des enteigneten Bodens an Einzelpersonen sowie 40% an staatliche und kollektive Eigentümer. „Die Reform besaß das Ausmaß einer Agrarrevolution. Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf dem Lande wurde von Grund auf umgestaltet.“⁴⁹ Dominant war danach – von den Kommunisten sicherlich im Hinblick auf die später geplante Kollektivierung beabsichtigt – der ökonomisch völlig ineffiziente Klein- und Kleinstbesitz.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 4.11.1945, die unter weitgehend fairen Bedingungen für alle abliefen, fanden die WählerInnen somit klare Alternativen vor. Zur Überraschung der sieges sicheren Kommunisten erhielt die Partei

der Kleinen Landwirte die absolute Mehrheit (57%). Dies stellte eine eindeutige Richtungsentscheidung von über 90% der Wahlberechtigten für parlamentarische Demokratie, Marktwirtschaft, Privateigentum und selektive Verstaatlichungen dar. Nach der Ausrufung der Republik am 1.2.1946 wurde Zoltán Tildy zum Präsidenten gewählt und Ferenc Nagy (beide von der Kleinlandwirtpartei) zum Ministerpräsidenten ernannt. Auch in dieser Koalitionsregierung behielten die Kommunisten aber das Innenressort (Minister László Rajk)!

Mit dem Beginn des Kalten Krieges legte die Sowjetunion die bis dahin geübte Zurückhaltung in Ungarn ab, und die Kommunisten verschärften die innenpolitische Konfrontation. Die Nationale Unabhängigkeitsfront zerbrach, Kommunisten, linke Sozialdemokraten und andere gründeten im März 1946 den Linksblock. Die anhaltende Besetzung des Landes durch die Rote Armee erwies sich als entscheidend für die weitere Entwicklung: „That presence was the distinctive force that led to the elimination of political pluralism, the introduction of economic planning, a total change of the elite and excessive egalitarianism, and the hegemony of the Marxist-Leninist ideology in the countries that shared the lot of Hungary.“ (S. 389) „Not for the first time in Hungarian history, limitations of the country's sovereignty arising either from foreign military occupation or from an adverse international situation or from a combination of both (1849 and 1918 are cases in point) prevented it from unfolding the potentials inherent in the domestic social and political scene.“ (ebd.)

Schrittweise drängten die Kommunisten die freiheitlich-demokratische Ordnung zurück („Salami-Taktik“ des Vizepremiers Mátyás Rákosi), wobei der Politischen Polizei ÁVO unter der Leitung des berüchtigten Gábor Péter bei der Einschüchterung und Ausschaltung politischer Gegner eine Schlüsselrolle zukam. Durch Erpressung wurde Minister-

präsident Ferenc Nagy am 30.5.1947 zum Rücktritt veranlaßt. Damit war die Kleinlandwirtpartei de facto als politische Kraft ausgeschaltet.

Der neue Ministerpräsident Dinnyés vom linken Flügel der Kleinlandwirtpartei war ein gefügiger Handlanger der KP. Die Koalitionsregierung übernahm das Programm des Linksblocks. Bereits im Sommer 1947 fielen für die zukünftige politisch-ökonomische Ordnung wesentliche Entscheidungen: Am 10.7. zog sich Ungarn von der Marshall Plan-Konferenz zurück, und am 1.8. begann die Durchführung des vom neugeschaffenen Staatlichen Planbüro entworfenen Dreijahresplans.

Die stark beeinflussten und manipulierten Neuwahlen am 31.8.1947 erbrachten einen Sieg des Linksblocks, die KP wurde (mit allerdings nur 22%!) stärkste Parlamentspartei. Die danach gebildete Volksfrontregierung machte sich das Programm der KP zueigen. In der Folge (1947/48) wurde der Übergang zur zentralen Planwirtschaft und zum politischen System stalinistischer Prägung vollzogen: „...within a year and a half only the memory of the coalition remained and the Communists wielded exclusive power, rendering the period 1944-1947 a short democratic interlude.“ (S. 402)

Die Revolution 1956

Die politische Entwicklung in Ungarn im Zeitraum zwischen Stalins Tod (März 1953) und dem Sommer 1956 war durch wiederholte Kurswechsel gekennzeichnet, wobei diese jeweils auf Druck Moskaus erfolgten: Unter dem reformorientierten Ministerpräsidenten Imre Nagy begann ab Juni 1953 in Teilbereichen eine Revision der bisherigen Politik. Dieses „Taufwetter“ endete jedoch bereits im April 1955, nachdem Chruschtschow den „Radikalismus“ der Reformen kritisiert hatte. Der 1953 entmachtete Stalinist Mátyás Rákosi übernahm erneut

das Ruder und kehrte zur alten Politik (Bevorzugung der Schwerindustrie, Vernachlässigung der Konsumgüterbranchen, zwangsweise Kollektivierung auf dem Lande usw.) und zu den alten Mitteln (Verhaftungswelle, Säuberungen etc.) zurück. Nach dem XX. Parteikongreß der KPdSU und den Arbeiterprotesten in Polen änderte Moskau im Sommer wiederum seine Haltung: Im Juli 1956 wurde Rákosi seines Postens enthoben, sein Nachfolger an der Spitze der Partei allerdings der ebenfalls zum stalinistischen Flügel zählende Ernő Gerő. Dieser Wechsel vermochte nicht zu verhindern, daß die Unruhe in der Partei und in der Öffentlichkeit zunahm und die Kluft zwischen der Bevölkerung und dem Regime breiter wurde.

Am 23.10.1956 demonstrierten annähernd 200.000 Menschen in Budapest für eine politische Neuorientierung. Nach den ersten Schußwechseln wurde daraus ein nationaler anti-sowjetischer Aufstand. Gerő forderte das Eingreifen sowjetischer Truppen, holte aber auch Imre Nagy aus der Versenkung und ernannte ihn am nächsten Tag zum Ministerpräsidenten. Dieser stand vor der Wahl zwischen der Anordnung der gewaltsamen Niederschlagung der Revolution und dem Versuch der Lösung der Krise in Zusammenarbeit mit den revolutionären Komitees. Nach einigen Tagen des Zögerns entschied sich Nagy für letzteres.

In der Folge näherte er sich Schritt für Schritt den politischen Positionen der Aufständischen: Bereits am 27.10. nahm er Nichtkommunisten ins Kabinett auf. Mit den sowjetischen Emissären führte er Verhandlungen über ein pluralistisches politisches System. Am 28.10. verließen die sowjetischen Truppen Budapest, am 1.11. erklärte Nagy die Neutralität des Landes, und es schien, als hätte die Revolution gesiegt. Anfang November begann sich das Leben erneut zu normalisieren.

Doch der Moskauer Führung ging das alles bereits viel zu weit. Sie fürchtete die

potentiellen Auswirkungen einer ‚Finnlandisierung‘ Ungarns auf das gesamte System der Satellitenstaaten in Osteuropa. Die internationale Lage war günstig für die Intervention der Roten Armee, die am 4.11. begann. Die Handlungsfähigkeit der Westmächte war durch die Suez-Krise stark eingeschränkt, und die Tatsache, daß sie sich auf scharfe Proteste beschränkten, bedeutete de facto die Anerkennung der sowjetischen Hegemonie über Ungarn.

Kontler faßt zusammen: „1956 repeated the pattern of 1849, 1918-20 and 1944-48 in that international contingencies once again, and perhaps even more shockingly than ever before, deprived Hungary of the opportunity of lifting the limitations on its sovereignty and going the way it wanted. After 1956, a pattern also well known from post-1849 (or post-1867) and post-1920 domestic history repeated itself, too: a regime born out of naked terror consolidated itself by means that were acceptable to a broad segment of Hungarians made pragmatic by having tried the strength of their backbones.“ (S. 390)

Der Systemwechsel 1988-91

Spätestens in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre stellte sich heraus, daß auch die ungarische Variante der kommunistischen Planwirtschaft („Gulaschk.“) den Übergang vom extensiven zum intensiven Wachstum nicht schaffen würde. Und in den achtziger Jahren konnten sarkastische Beobachter, so Kontler, nur noch die Schlußfolgerung ziehen: „that ‚existing socialism does not function, and a functioning socialism does not exist‘, and in reality it was merely ‚the longest path from capitalism to capitalism‘“. (S. 431)

Mit dem für alle überraschenden, unblutigen und schnellen Systemwechsel der Jahre 1988-91 haben die Ungarn die fünfte Gelegenheit erhalten, eine Demokratie zu errichten – „this time as unli-

mitted masters of their fate and succeeding or failing entirely on their own account". (S. 390)

Die wichtigsten Stationen dieses Systemwechsels waren: die parteiinterne Entmachtung von János Kádár im Mai 1988, welche die Desintegration des alten Regimes und den Beginn des Übergangs symbolisiert; die Selbstauflösung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (MSZMP) am 8.10.1989; die Verabschiedung einer das Prinzip der Gewaltenteilung verankernden Verfassungsnovelle am 23.10., welche die legalen und politischen Grundlagen des totalitären Parteistaates zerstörte; die Ausrufung der Republik am selben Tag; die Abhaltung freier Parlamentswahlen im März/April 1990; der Abzug der letzten sowjetischen Soldaten im Juni 1991, womit die ungarische Souveränität wiederhergestellt war.

Die politische Entwicklung seither beurteilt Kontler folgendermaßen: „Despite many circuitous processes, the political scene has been marked by the emergence of the institutional framework of the rule of law, parliamentary government and the clarification of the main political trends and the party structure, the tendency being a western European-like scramble towards the centre from left and right, a minority persisting on both extremes, and the undercurrent of the populist-urbanist divide sometimes surfacing in the form of ‚patriotic‘ versus ‚cosmopolitan‘ tensions.“ (S. 472)

Die Annäherung Ungarns an die Europäische Union ist bereits weit fortgeschritten: Im Dezember 1991 wurde das Land assoziiertes Mitglied, und die Verhandlungen über eine Vollmitgliedschaft begannen im März 1998.

Neben der europäischen Integration wird die Eindämmung der extremen politischen Rechten wohl eine der größten Herausforderungen für die ungarische Demokratie darstellen.¹⁰ Der Widerhall, den die Parolen der nationalistischen Populisten finden, wird wohl nicht zuletzt

davon abhängen, inwieweit der sozialen Polarisierung entgegengesteuert und wie die Aufnahme in die EU bewältigt werden wird.

Kontlers Werk stellt eine gelungene Kombination erzählter Geschichte und komparativer Hintergrundanalyse struktureller Veränderungen dar. Aus diesem Grund, und auch wegen der Fähigkeit des Autors, die wesentlichsten Entwicklungen kurz und präzise zusammenzufassen, ist die Lektüre dieses Bandes reines Vergnügen. Ein ausführlicher Index erhöht den Gebrauchswert als Nachschlagewerk sehr. Im Hinblick auf eine möglichst weite Verbreitung in den deutschsprachigen Ländern ist zu hoffen, daß es bald eine deutsche Übersetzung geben wird.¹¹

Kroatien

Durch den ungarisch-kroatischen Ausgleich von 1868 wurde Kroatien als politische Nation mit separatem Territorium sowie einer eigenen, unabhängigen Legislative und Regierung in einigen internen Angelegenheiten (Inneres, Kultus, Schulwesen, Justiz) anerkannt. Im Gegensatz zum österreichisch-ungarischen Ausgleich gab es keine Instanz für gemeinsame Angelegenheiten. Auf diesen Gebieten (Rekrutierung, Finanzwesen, Wirtschafts- und Gewerbebereich) konnte Kroatien seine Interessen durch seine (vom Sabor) Delegierten im ungarischen Reichstag und seinen Minister im ungarischen Kabinett vertreten, aber die letzte Entscheidung lag jeweils bei den ungarischen Institutionen. Die Selbständigkeit der Landesregierung war dadurch eingeschränkt, daß der vom Monarchen ernannte und dem kroatischen Landtag (Sabor) verantwortliche Ban vom ungarischen Ministerpräsidenten bestätigt werden mußte. Der Sabor wurde nach einem Zensuswahlrecht gewählt.

Steinhoff faßt zusammen: „Überblickt man ... die politische Entwicklung in Kroatien-Slawonien von der Zeit des

Ausgleichs bis 1914, zeigt sich, daß die politische Modernisierung hier wie auch in allen anderen Teilen des Reiches nur in Ansätzen gelungen war. Es blieben Zensuswahlrecht, das fehlende Frauenwahlrecht und die Schwäche der Legislative gegenüber der Exekutive und Machtfaktoren wie der Armee und dem Hof. Die Parteien übernahmen noch nicht selbst Regierungsverantwortung." (S. 126)

Der erste Anlauf zu einer demokratischen Entwicklung erfolgte in Kroatien in den zwanziger Jahren. Die Verfassung des jugoslawischen Königreichs von 1921 definierte den Staat als ‚erbliche, parlamentarische und konstitutionelle Monarchie‘. Der König erhielt eine wesentlich stärkere Position als die Legislative, denn er verfügte – wie das Parlament – über das Recht auf Gesetzesinitiative, besaß zudem im Hinblick auf Gesetze ein Vetorecht, und er bestellte die Regierung, die an sein Vertrauen und nicht nur an das des Parlaments gebunden war. Der Staatsaufbau war zentralistisch, Kroatien bildete keine territoriale Einheit. Aus diesem Grunde blieben die meisten kroatischen Abgeordneten, die einen föderalistischen Staatsaufbau bevorzugten, der Abstimmung über die Verfassung fern. „Der Zentralismus ... diente der Durchsetzung des jugoslawischen Unitarismus und begünstigte die serbische Hegemonie.“ (S. 162) Das Königreich war „ein multinationaler Staat, in dem die serbische Nation die Führungsrolle beanspruchte. – Entsprechend waren die meisten Parteien primär national und erst sekundär weltanschaulich definiert.“ (ebd.)

Die Bauernpartei unter Stjepan Radić erlangte bald den Charakter einer kroatischen Nationalbewegung. Ihr Hauptziel war die föderative Umgestaltung des Staates. Nachdem sie die Verfassung und die Monarchie anerkannt hatte, ermöglichte der König der Kroatischen Bauernpartei von 1925 bis 1927 die Teilnahme an der Regierung im Rahmen einer Koalition.

1928 nahmen die politischen Auseinandersetzungen im Parlament, in den Medien und auf der Straße einen immer aggressiveren Stil an. „... Steuerrecht, Wirtschaftspolitik und Machtverteilung im Staatsapparat begünstigten offensichtlich die Gebiete des ehemaligen Königreiches Serbien.“ (S. 164f) Die um Radić geeinte Opposition forderte vehement eine Verfassungsänderung. Im August 1928 starb der Führer der Bauernpartei an den Folgen eines im Parlament (!) verübten Attentats. In der Folge vertiefte sich die Staatskrise. Die Bauernpartei zog die Anerkennung der zentralistischen Verfassung zurück und blieb der Parlamentsarbeit fern. Als Anfang Jänner 1929 die Regierungsbildung scheiterte, suspendierte König Aleksandar die Verfassung, löste das Parlament auf und verkündete die Königsdiktatur.

Erst mit dem Zerfall des sozialistischen Jugoslawien Ende der achtziger Jahre bot sich Kroatien erneut die Chance zum Aufbau eines eigenständigen, die Grundrechte garantierenden und demokratischen Staatswesens.

Im folgenden seien kurz die wesentlichsten Ereignisse vom Zerfall Jugoslawiens über die Unabhängigkeit Kroatiens bis zum Ende des Tudjman-Regimes angeführt: Abhaltung freier Wahlen zum Sabor im April 1990, Mehrheit für die konservativ-nationalistische ‚Kroatische demokratische Gemeinschaft‘ (HDZ) unter Franjo Tudjman; Dezember 1990 Annahme einer neuen, demokratischen Verfassung, die dem vom Volk gewählten Präsidenten – unter Zusporn auf die Person Tudjmans – eine starke Stellung zubilligte; Mai 1991 Plebiszit mit überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit Kroatiens; 25.6.1991 Unabhängigkeitserklärung; Juli 1991 bis Januar 1992 Unabhängigkeitskrieg gegen die Jugoslawische Volksarmee und serbische Freischärler; 15.1.1992 Anerkennung durch die EG-Staaten; Mai und August 1995 Rückeroberung der serbisch besetzten Gebiete in Westslawonien und in der Krajina.

Auf die Frage, warum es nicht möglich war, im ehemaligen Jugoslawien einen lockeren Staatenbund oder nach Auflösung des Staatsverbandes wenigstens die sonstigen Kommunikationen in Verkehr, Wirtschaft und Kultur aufrechtzuerhalten, gibt Steinhoff eine klare Antwort: „Daß dieser Weg, den ja Slowenien und Kroatien von Mitte 1990 bis Mitte 1991 durch die Vorschläge zur Konföderierung anstrebten, für Jugoslawien zum Scheitern verurteilt war, ist in allererster Linie die Folge des serbischen ‚Sonderweges‘ ..., der mit der Machtübernahme von Slobodan Milosevic begann. Seine Politik und seine Sprache nationaler Intoleranz wiesen ab 1987 den Weg zu Gewalt und Krieg.“ (S. 217)

Nach 1995 geriet das semi-autoritäre HDZ-Regime in eine tiefe Krise. Die HDZ gebärdete sich als einzig staatstragende Partei, die Grenzen zwischen Partei und Staat verschwammen nicht selten, Oppositionelle wurden als ‚unpatriotisch‘ und ‚staatsfeindlich‘ bezeichnet. HDZ-Funktionäre nutzen die Privatisierung zu ihren Gunsten, schlachteten als neue Eigentümer Betriebe aus und führten sie in den Konkurs. Korruption und Nepotismus häuften sich, unabhängige Medien wurden behindert, die übrigen gegängelt. Die Amtsführung des Präsidenten Tudjman zeichnete sich durch einen autoritären Stil aus. Angesichts dieser Verhältnisse wuchs die allgemeine Unzufriedenheit.

Im Dezember 1999 starb Tudjman. Die Parlamentswahlen vom 3.1.2000 endeten mit einem Sieg der bisherigen Oppositionsparteien. Bilanzierend sieht Steindorff günstige Perspektiven für eine demokratische Entwicklung des Landes: „So kritisch man gerade den letzten Jahren der HDZ-Herrschaft in Kroatien gegenüberstehen mag, so haben doch nicht nur die korrekte Durchführung und die Ergebnisse der Wahlen Anfang 2000, sondern auch der verfassungskonforme und reibungslose Regierungswechsel die Demokratiefähigkeit der kroatischen Gesellschaft und ihrer

politischen Elite bestätigt.“ (S. 231)

In bewährter Weise ergänzen im Anhang eine Zeittafel, Kurzbiographien, Kurzbeschreibungen wichtiger historischer Stätten, eine Auswahl weiterführender Literatur und ein Register den gut lesbaren Text.

Michael Mesch

Anmerkungen

¹ Folgende Bände dieser Reihe wurden bereits in WuG besprochen: „Rumänien“ und „Bulgarien“ im Heft 4 (1999) und „Slowakei“ im Heft 1 (2001).

² Berühmt – oder vielmehr: berüchtigt – sind in diesem Zusammenhang die endlosen Kontroversen zwischen ungarischen und rumänischen Historikern über die Frage, ob die Magyaren bei ihrer Landnahme in Siebenbürgen um 900 weitgehend unbewohntes Land vorfanden.

³ Zur sozialen Schichtung Ungarns in der Zeit des Dualismus siehe ausführlicher Hanák (1973) 360ff.

⁴ Die politischen Parteien Ungarns im Dualismus hatten nur lose organisatorische Strukturen, waren eher Honoratiorenklubs. Ebenso bedeutsam wie gemeinsame politische Haltungen waren persönliche Loyalitäten.

⁵ Dementsprechend sah die Landverteilung um die Jahrhundertwende aus: Rund 9.000 Latifundisten besaßen die Hälfte des Bodens: Hanák (1973) 360.

⁶ Fischer (1999) 130. Ferner ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, daß die Stimmabgabe offen erfolgte und die Wählerregistrierung manipuliert werden konnte. Das Wahlrecht, das bis zum Ende der Monarchie keine wesentlichen Änderungen erfuhr, war um 1870 im europäischen Vergleich akzeptabel, aber um 1910 „grossly anachronistic“ (Kontler, S. 281).

⁷ Hanák (1973) 324.

⁸ Kann (1982) 411.

⁹ Fischer (1999) 201.

¹⁰ Die extreme Rechte hat bislang die politische Stabilität Ungarns nicht zu gefährden vermocht, aber ihre Existenz und ihr Einfluß im öffentlichen Leben belegen den von Kontler konstatierten Fortbe-

stand völlig konträrer Anschauungen und politischer Strömungen. „Sehr bedenkliche Tendenzen zum Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus“ ortet auch Paul Lendvai in einem Gespräch mit der Wiener Zeitung (20./21. Juli 2001): „Es gibt wieder diese Doppelbödigkeit: eine offene, internationale, europäische Seite und andererseits den rückwärtsgewandten, zutiefst reaktionären Blickwinkel jener, die aus der Geschichte nichts gelernt haben.“

¹¹ Sehr mangelhaft ist leider die Qualität von einigen der eingefügten Landkarten. Hier muß insbesondere jene auf S. 193 angeführt werden, deren Informationsgehalt aus dem genannten Grund sehr

gering ist. Weniger Stilisierung, feinere Strichführung und größere Formate hätten zu besseren Ergebnissen geführt. Vielleicht kann in der zweiten Auflage hier eine Nachbesserung erfolgen.

Literatur

Fischer, Holger, Eine kleine Geschichte Ungarns (Frankfurt am Main 1999).

Hanák, Péter, The Dual Monarchy (1867-1918), in: Pamlényi, Ervin (Hrsg.), A History of Hungary (Budapest 1973) 321-418.

Kann, Robert A., Geschichte des Habsburgerreiches 1526-1918 (Wien 1982, 2. Auflage).